

**R-1** Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen verteidigen

Antragsteller\*in: Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim)  
Tagesordnungspunkt: 4. Rechtsextremismus entgegentreten - Demokratie stärken  
Verfahrensvorschlag: Abstimmung

## Antragstext

- 1 Rechtsextremismus konsequent entgegentreten, Menschenwürde entschlossen  
2 verteidigen
- 3 Unsere Demokratie ist in Gefahr. Rechter Hass, Antisemitismus, Rassismus und  
4 andere menschenverachtende Hetze gehören leider für viele Menschen zum Alltag.  
5 Trotz vielfältiger anderer Bedrohungen, die ebenso dringend im Blick zu behalten  
6 sind, ist der Rechtsextremismus weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie,  
7 die Innere Sicherheit und das gesellschaftliche Miteinander in Rheinland-Pfalz  
8 und ganz Deutschland.
- 9 Das Land, in dem wir leben wollen, ist vielfältig, offen und tolerant.  
10 Rheinland-Pfalz steht für ein friedliches und demokratisches Miteinander,  
11 geprägt von vorurteilsfreien Begegnungen und Lebensfreude. Unsere Stärke liegt  
12 in einer offenen Gesellschaft und gelebter Vielfalt. Diejenigen, die sich für  
13 unsere offene Gesellschaft einsetzen, werden nicht selten selbst zur Zielscheibe  
14 von verbalen und physischen Angriffen. Gleichzeitig stoßen die Präsenz und die  
15 Narrative von rechtsextremen Akteur:innen in der Mitte der Gesellschaft mehr und  
16 mehr auf Gleichgültigkeit oder sogar Akzeptanz. Das ist ein direkter Angriff auf  
17 unsere Demokratie und die rheinland-pfälzische Lebensart.
- 18 Stark macht Rheinland-Pfalz auch seine engagierte und organisierte  
19 Zivilgesellschaft. Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen,  
20 Jugendverbände, freiwillige Feuerwehren, viele andere Vereine, Verbände und  
21 Gruppen und einzelne engagierte Bürger\*innen stehen für Demokratie und Vielfalt  
22 ein. Die Rolle der unzähligen ehrenamtlich Engagierten ist ausdrücklich zu  
23 würdigen. Denn rechtsextreme Netzwerke und Gewalt besetzen häufig dort Räume, wo  
24 sich Staat, Vereinsstrukturen oder soziale Einrichtungen zurückziehen. Das wird  
25 derzeit – gerade in ländlichen Regionen – immer wieder deutlich.
- 26 Der Schutz der Menschenwürde, der Vielfalt und unserer freiheitlichen  
27 demokratischen Grundordnung sind längst nicht mehr selbstverständlich. Wir  
28 setzen uns dafür ein, dass er es wieder wird. Daher wollen wir:
- 29 Rechtsextreme Netzwerke auflösen
- 30 Eine stetig wachsende, rechtsextreme Szene hat seit Jahren einen beunruhigend  
31 hohen Organisationsgrad erreicht. Sie tritt offen, selbstbewusst und gewaltaffin  
32 auf. Unter den Augen von Politik und Sicherheitsbehörden hat sich die  
33 rechtsextreme Szene über Jahrzehnte transnational vernetzt, illegale und  
34 weitreichende Finanzstrukturen aufgebaut, Menschen bedroht, verletzt und  
35 ermordet.
- 36 Langsam, aber sicher kommt es zu einem Umdenken im Kampf gegen den  
37 Rechtsextremismus. Aus den strukturellen Fehlern der Vergangenheit müssen die  
38 richtigen Lehren gezogen werden. Wir unterstützen unsere rheinland-pfälzischen

39 Sicherheitsbehörden auf diesem Weg und stehen für ein konsequentes Vorgehen  
40 gegen Rechtsextremist:innen. An den Punkten, an denen die Sicherheitsbehörden  
41 aktuell auf große Hindernisse in ihrer Arbeit treffen, setzen wir uns dafür ein,  
42 diese wohlbedacht zu korrigieren.

43 Hass als Geschäftsmodell unterbinden

44 Verfassungsfeinde erwirtschaften – teilweise illegal – exorbitante Finanzmittel,  
45 die sie für ihren ideologischen Kampf gegen unsere Demokratie einsetzen. Für uns  
46 ist klar: Hass darf kein Geschäftsmodell sein. Wir setzen daher auf eine bessere  
47 Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Finanzbehörden. Es ist an der  
48 Zeit, ähnlich wie im Bereich der Organisierten Kriminalität, eine "Follow the  
49 Money"-Strategie gegen Rechtsextremismus zu etablieren.

50 Dafür schlagen wir eine temporäre Task-Force gegen rechtsextreme  
51 Finanzierungsnetzwerke vor. In dieser Task-Force sollen die beteiligten  
52 Behörden, also das Landeskriminalamt, die Staatsanwaltschaften, die Finanzämter,  
53 der Zoll und das Landesamt für Verfassungsschutz, zusammenkommen, um gemeinsam  
54 Strukturermittlungsverfahren gegen die rechtsextreme Szene zu bearbeiten und die  
55 gegenseitige Sensibilisierung und Kommunikation voranzutreiben.

56 Demokratiefeinde aus dem Staatsdienst entfernen

57 Rechtsextreme und Demokratiefeinde lehnen die freiheitliche-demokratische  
58 Grundordnung ab. Wir dürfen diese Personen daher nicht im Staatsdienst  
59 akzeptieren und müssen eine Unterwanderung unserer Behörden konsequent  
60 unterbinden. Disziplinarverfahren, mit denen Extremisten aus dem  
61 Beamtenverhältnis entfernt werden sollen, ziehen sich oft über mehrere Jahre. In  
62 dieser Zeit erhalten diese Personen weiterhin einen Großteil ihrer Bezüge. Um  
63 langwierige Verfahren zu verhindern, müssen Disziplinarmaßnahmen gegen  
64 Extremisten im Staatsdienst schneller ausgesprochen werden können. Es ist daher  
65 an der Zeit, dass Rheinland-Pfalz dem Beispiel der Bundesregierung folgt und das  
66 Landesdisziplinargesetz entsprechend ändert.

67 Das Netz nicht mehr Nazis überlassen

68 Soziale Medien, große Handels- und Spiele-Plattformen haben unser Leben  
69 verändert. Neben positiven Effekten dienen sie jedoch auch als  
70 Brandbeschleuniger für Hass und Hetze, der Verbreitung rechtsextreme  
71 Devotionalien und rechtsextremer Desinformation. Insbesondere junge User\*innen  
72 werden mit rechtsextremem und hasserfülltem Content regelrecht überschüttet.

73 Zahlreiche Regulierungsschritte wurden schon unternommen. Es gilt, den Druck auf  
74 nationaler und europäischer Ebene auf die Plattformbetreiber weiter zu erhöhen,  
75 ihren gesetzlichen und selbst gegebenen Verpflichtungen tatsächlich nachzukommen  
76 und regulierende Strukturen, wie zum Beispiel Plattformräte, die als öffentlich-  
77 demokratische Kontrollinstanz für Social-Media-Plattformen fungieren können, zu  
78 etablieren.

79 Mit Projekten wie „Scroll nicht weg“ steigern wir zudem die digitale  
80 Zivilcourage im Netz und empowern Menschen im Netz dagegen zu halten, wenn ihnen  
81 Hass und Hetze begegnen. Denn auch im Netz ist jetzt zivilgesellschaftliches  
82 Engagement notwendig, um unser freiheitliches und vielfältiges Leben zu  
83 erhalten.

84 Politische Bildung und die organisierte Zivilgesellschaft stärken

85 Eine selbstbewusste und wehrhafte Demokratie funktioniert nicht ohne eine  
86 starke, organisierte Zivilgesellschaft. Rechtsextreme Akteur:innen wissen das  
87 und versuchen daher die Zivilgesellschaft einzuschüchtern, gezielt zu schwächen  
88 und zu diffamieren. Wir sehen es daher als intrinsische Aufgabe des Staates an,  
89 demokratische und antifaschistische Strukturen nachhaltig zu stärken. Wir  
90 brauchen die starke Zivilgesellschaft, die on- und offline rechtem Hass  
91 widerspricht. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin vehement für eine baldige  
92 Verabschiedung des Demokratiefördergesetzes ein.

93 Die Förderung von Demokratiebildung und einer demokratischen, weltoffenen  
94 Haltung in der Gesellschaft für mehr Toleranz und ein friedliches Miteinander  
95 ist ein zentrales Anliegen der politischen Bildung. Die Landeszentrale für  
96 politische Bildung leistet dabei einen wichtigen Beitrag bei der  
97 außerschulischen Bildung. Darüber hinaus stärken wir die Gedenkarbeit und  
98 Demokratiebildung in den Schulen. So sollen z.B. alle Schüler\*innen im Laufe  
99 ihrer Schulzeit ein ehemaliges Konzentrations- bzw. Vernichtungslager der NS-  
100 Diktatur besuchen, um für die historische Verantwortung Deutschlands  
101 sensibilisiert zu werden. Wir setzen uns dafür ein, die Verbrechen der NS-  
102 Diktatur und die Rolle von Rheinland-Pfalz weiter konsequent aufzuarbeiten.  
103 Demokratie lebt aber vor allem von Teilhabe. Wir halten daher weiterhin an  
104 unserem Ziel fest, das Wahlalter 16 bei Landtags- und Kommunalwahlen  
105 einzuführen.

106 Engagierte und Betroffene besser schützen

107 Für die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die Bekämpfung von Rassismus und  
108 die Unterstützung von Betroffenen zentral. Wir unterstützen die zahlreichen  
109 Projekte und Beratungsstellen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus,  
110 Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit  
111 engagieren.

112 Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es  
113 Mandatsträger:innen, Journalist:innen oder Ehrenamtliche in den Kommunen, müssen  
114 durch unseren Staat besser geschützt werden. Wir setzen uns daher auf  
115 Bundesebene für eine Reform des Melderechts ein. Damit wollen wir  
116 Auskunftssperren für alle Bedrohten deutlich erleichtern. Auf Landesebene  
117 streben wir eine Reform der Landeswahlordnung an, womit wir die Veröffentlichung  
118 der Privatadressen von Kandidierenden verhindern wollen.

119 Und schließlich brauchen wir für Bürger:innen vor Ort in den Städten und im  
120 ländlichen Raum vertrauensvolle Ansprechpartner:innen, um schnell auch auf  
121 schwierige Situationen im Zusammenhang mit allen Formen gruppenbezogener  
122 Menschenfeindlichkeit reagieren zu können. Hier können auch die Kommunen vor Ort  
123 einen Beitrag leisten.

124 Rechtsextreme konsequent entwaffnen

125 Der Waffenbesitz von Rechtsextremen stagniert weiterhin auf einem bedenklich  
126 hohen Niveau. Über 100 Rechtsextremisten, Reichsbürger und Deligitimierer in  
127 Rheinland-Pfalz besitzen eine waffenrechtliche Erlaubnis. Um die 400  
128 Schusswaffen befinden sich in den Händen von gefährlichen Extremisten. Jede  
129 davon ist eine zu viel.

130 Wir setzen uns daher für eine Verschärfung des Waffenrechts ein. Momentan darf  
131 der Verfassungsschutz den Waffenbehörden beispielsweise keine über fünf Jahre  
132 alten Erkenntnisse über Extremisten mitteilen. Wichtige Erkenntnisse, die auf  
133 eine Unzuverlässigkeit im Sinne des Waffenrechts hinweisen können, fallen  
134 dadurch durchs Raster. Das muss sich dringend ändern. Außerdem braucht es eine  
135 engere Zusammenarbeit zwischen Kontrollbehörden, Polizei und Verfassungsschutz  
136 zum Widerruf der Waffenerlaubnis und dem Einzug von Waffen. Und schließlich  
137 sollen Rechtsextreme in Zukunft nicht mehr auf Schießständen üben dürfen.

138 Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beweisen

139 Ein zentrales Ziel der AfD und eine entscheidende Voraussetzung ihres Erfolgs  
140 ist die Verschiebung von Normalitätsstandards. Als demokratische Politiker:innen  
141 werden wir uns nicht daran beteiligen, Werte und Normen zu verschieben oder gar  
142 von der AfD zu übernehmen. Wir werden unsere demokratischen Grundhaltungen und  
143 den politischen Diskurs auch sprachlich bewahren. Dabei erwarten wir einen  
144 breiten Schulterschluss aller demokratischen Kräfte.

145 Die AfD ist der parlamentarische Arm der extremen Rechten und eine Gefahr für  
146 unsere Demokratie. Die rheinlandpfälzische AfD ist nicht zu unterschätzen. Sie  
147 hat klare Verbindungen in ein tief rechtsextremistisches und gewaltbereites  
148 Milieu und hat sich in den vergangenen Monaten weiter radikalisiert. Strukturen  
149 und personelle Überschneidungen mit rechtsextremen Burschenschaften und  
150 Gruppierungen sind nicht zu übersehen. Unsere Demokratie ist wehrhaft und sieht  
151 Instrumente vor, um gegen diese Feinde der Demokratie vorzugehen. Wenn die  
152 rechtlichen Voraussetzungen für diese Instrumente vorliegen, müssen sie  
153 angewandt werden. So haben es die Väter und Mütter des Grundgesetzes uns als  
154 Lehre aus der NS-Zeit mitgegeben.

## Unterstützer\*innen

Johannes Kobiela (KV Mainz); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Katrin Eder (KV Mainz); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Maik Krüger (KV Mayen-Koblenz); Rebecca Stallbaumer (KV Mayen-Koblenz); Verena Örenbas (KV Ahrweiler); Kim Theisen (KV Koblenz); Benita Marker (KV Mayen-Koblenz); Torsten Materna (KV Südl. Weinstraße); Irmel Münch-Weimar (KV Speyer); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Natascha Lentes (KV Mayen-Koblenz); Angela Seip (KV Mainz); Hans-Uwe Daumann (KV Ludwigshafen); Sebastian Hebler (KV Mainz); Nils Wiechmann (KV Mayen-Koblenz); Fabian Ehmann (KV Mainz); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Michael Lichter (KV Trier); Helen Prats-Baumann (KV Landau); Natalie Wendisch (KV Ahrweiler); Michael Böhm-Udelhoven (KV Mainz); Sophie Fink (KV Mainz); Shakeela Stark (KV Südliche Weinstraße); Tobias Grabowski (KV Mainz-Bingen); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); Paul Bunjes (KV Kaiserslautern); Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm); Anna Neuhof (KV Altenkirchen); Shiva Shafahi (KV Mainz); Lisett Stuppy (KV Donnersberg); Judith Klaes (KV Neuwied)